

USA erwägen Lieferung von Langstrecken-Raketensystemen an Kiew

Stand: 06:18 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Frank Stocker**
Finanz-Redakteur

Im Osten des Landes machen die russischen Invasoren zunehmend Boden gut. In dieser Lage will Washington nun möglicherweise modernste Raketen an die Ukraine liefern. Diese könnten allerdings auch für Angriffe auf russisches Territorium genutzt werden. Ein Überblick.

Die US-Regierung zieht einem Medienbericht zufolge in Erwägung, fortschrittliche Langstrecken-Raketensysteme in die Ukraine zu schicken. Die in den USA hergestellten Waffensysteme könnten Raketen über Hunderte Kilometer abfeuern, berichtete der Sender CNN am Donnerstag unter Berufung auf mehrere Beamte.

Ein neues militärisches Hilfspaket könnte bereits in der kommenden Woche angekündigt werden. Die Ukraine habe um diese Art von Waffen gebeten, hieß es weiter. Konkret waren von ukrainischer Seite bisher das so genannte Multiple Launch Rocket System (MLRS) und das High Mobility Artillery Rocket System (HIMARS) genannt worden.

Allerdings sei die US-Regierung zögerlich gewesen, da befürchtet werde, dass die Ukraine die Raketensysteme für Angriffe auf russisches Gebiet nutzen könnte. Es stelle sich die Frage, ob dies eine russische Vergeltungsmaßnahme zur Folge haben könnte, so CNN.

US-Präsident Joe Biden hatte erst am Wochenende ein neues Milliarden-Hilfspaket der USA für die Ukraine mit einem Volumen von fast 40 Milliarden Dollar (38 Milliarden Euro) in Kraft gesetzt. Aus dem Paket entfällt rund die Hälfte der Gesamtsumme auf den Verteidigungsbereich. Davon sind sechs Milliarden Dollar für direkte militärische Hilfe für die Ukraine vorgesehen.

Mit weiteren Milliardenbeträgen sollen unter anderem US-Lagerbestände wieder mit militärischer Ausrüstung aufgefüllt werden, die an die Ukraine geschickt wurde. Die US-

Regierung hatte zuvor schon mehrere große Pakete zur Unterstützung der Ukraine auf den Weg gebracht.

Unterdessen steht die ukrainische Armee im äußersten Osten ihrer Front stark unter Druck. Russische Truppen beschossen am Donnerstag weiter die Großstadt Sjewjerodonezk im Gebiet Luhansk, wie der ukrainische Generalstab in seinem abendlichen Bericht mitteilte. Der Angriff auf die Stadt und ihren Vorort Boriwske sei aber nicht erfolgreich. Die Militärangaben waren nicht unabhängig überprüfbar.

In einem anderen Dorf in der Nähe, in Ustyniwka, habe die russische Seite einen Teilerfolg errungen, hieß es. Die russischen Truppen versuchten durch Beschuss auf Brücken die Beweglichkeit der ukrainischen Truppen einzuschränken. Durch das umkämpfte Gebiet fließt der Fluss Siwerskyj Donez.

Die Großstädte Sjewjerodonezk und Lyssytschansk sind derzeit die äußersten ukrainischen Vorposten im Osten. Kämpfe gibt es aber auch schon im Rückraum dieser Städte, damit drohen ukrainische Truppen abgeriegelt zu werden. Auf der Nordseite dieses möglichen Kessels sei die Stadt Lyman verloren, bestätigte Präsidentenberater Olexyj Arestowytsch im ukrainischen Fernsehen. Nach Generalstabsangaben werden nun ukrainische Positionen südlich von Lyman beschossen.

„Wir glauben, dass die russischen Streitkräfte den größten Teil des Nordostens von Sewerodonezk einnehmen konnten, auch wenn die Kämpfe noch im Gange sind“, sagte ein hochrangiger Pentagon-Mitarbeiter in Washington. Laut dem Leiter der Zivil- und Militärverwaltung von Sewerodonezk, Alexander Striuk, befinden sich noch immer zwischen 12.000 und 13.000 Menschen in der Stadt, die vor dem Krieg 100.000 Einwohner hatte.

„Sechzig Prozent des Wohnungsbestands von Sewerodonezk wurde zerstört, 85 bis 90 Prozent der Gebäude in der Stadt wurden beschädigt und werden umfassende Wiederaufbauarbeiten benötigen“, sagte er.

Auf der Südseite des möglichen Kessels gab es Kämpfe um die Orte Komyschuwacha, Nirkowe und Berestowe. Auch hier hieß es, die Angriffe seien abgewehrt worden. Einen Teilerfolg hätten die Russen aber in der Nähe von Pokrowske erzielt.

Zudem beobachtet die Ukraine nach Militärangaben, dass Russland in seinen Grenzgebieten Belgorod und Woronesch Truppen neu formiert. Damit seien weitere Angriffe auf die ukrainischen Gebiete Charkiw und Luhansk zu befürchten.

Tödliche russische Angriffe wurden auch aus der nördlichen Stadt Charkiw gemeldet, während die Menschen dort nach dem Truppenabzug auf dem schwierigen Weg zur Rückkehr in die Normalität sind. Bei russischen Bombardements seien neun Menschen getötet und 19 weitere verletzt worden, sagte Selenskyj in seiner Rede. Unter anderem seien ein fünf Monate altes Baby und sein Vater getötet worden, während die Mutter schwer verletzt worden sei.

Zwar sind die russischen Truppen abgezogen, halten aber weiter ihre Stellungen im Osten von Charkiw. Die Ukrainer hoben neue Gräben um die Stadt aus und errichteten Betonsperren und Straßenkontrollpunkte, um sich auf einen möglichen neuen Angriff vorzubereiten.

Vor diesem Hintergrund hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Russland „Völkermord“ in der Ostukraine vorgeworfen. Im Donbass betreibe Moskau „eine offensichtliche Politik des Völkermords“, sagte er in seiner täglichen Fernsehansprache in der Nacht zum Freitag. Die russische Offensive könne dazu führen, dass die Region „unbewohnbar“ werde.

Er warf den Russen vor, die ukrainischen Städte in Schutt und Asche legen zu wollen. „All dies, einschließlich der Verschleppung unserer Menschen und der Massentötung von Zivilisten, ist eine offensichtliche Politik des Völkermords, die von Russland betrieben wird“.

Der russische Präsident Wladimir Putin hatte Ende Februar den Krieg gegen die Ukraine unter dem Vorwand begonnen, den angeblichen „Völkermord“ an der russischsprachigen Bevölkerung in den östlichen Regionen Luhansk und Donezk zu beenden. Im April stimmte das ukrainische Parlament einer Resolution zu, in der die Angriffe des russischen Militärs in dem Land dann als „Völkermord“ bezeichnet wurden.

US-Präsident Joe Biden drückte sich ähnlich aus und sagte, Putin wolle offenbar „die Idee auslöschen, dass man überhaupt Ukrainer sein kann“. Der kanadische Premierminister Justin Trudeau schloss sich dieser Aussage an.

Ein italienischer Friedensplan zur Beendigung des Konflikts wurde am Donnerstag von Russland abgelehnt. Dieser sah einen Waffenstillstand unter UN-Aufsicht, den Beitritt der Ukraine zur EU, aber nicht zur Nato, sowie einen Autonomiestatus für den Donbass und die Krim vor, die unter ukrainischer Souveränität bleiben sollten.

Bei ihrem Besuch in Kiew nannte die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin den Krieg „einen Wendepunkt“ für Europa. Das Vertrauen in Russland sei für Generationen verloren gegangen, betonte Marin. Finnland hat unter dem Eindruck des russischen Einmarsches in die Ukraine seine jahrzehntelange Bündnisneutralität aufgegeben und die Mitgliedschaft in der Nato beantragt.

dpa/AP/AFP/Reuters/fhs

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239013343>